

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt Tags vorher nachm. 4 Uhr. Abonnements-Preis vierteljährlich 1.50 Mt., monatlich Mt., 1 monatlich 50 Pf. Einzelne Nummern 10 Pf.

Alle Kaiserlich. Postanstalten, Postboten, sowie die Reittungsträger nehmen freit. Bestellungen auf die „Sächsische Elbzeitung“ an. Tägliche Roman-Beilage. Sonnabends: „Illustriertes Unterhaltungsblatt“.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das königliche Amtsgericht, das königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadgemeinderat zu Hohnstein.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Lehmann, Schandau. — Druck und Verlag: Wegler & Jenner Nachf.

Inseraten-Annahmestellen: In Schandau: Expedition Kaufstraße 134; in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureau von Haackstein & Bogler, Invalidentank und Rudolf Hoff; in Frankfurt a. M.: G. L. Danne & Co.

Tel.-Nr.: Abzettelung.

Anzeigen, bei der zweiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montags Mittwochs und Freitags bis spätestens vormittags 9 Uhr anzugeben. Preis für die 5 gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. (tabelarische und komplizierte Anzeigen nach Uebereinkunft.) Anwärterige Anzeigen 20 Pf. „Eingeladene“ und „Reklame“ 50 Pf. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Alle 14 Tage: „Sonderausgabe.“

Nr. 153.

Schandau, Dienstag, den 23. Dezember 1913.

57. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

890 x 11.

Der Umbau des Bahnhofs Schandau macht die Verlegung der Staatsstraße 220 der Zufahrtsweg zum Bahnhof erforderlich.

Die Königl. Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat deshalb beauftragt, künftig den Fahrverkehr auf der Staatsstraße zwischen Rippen und der Richtung nach Königstein und Gohrisch in der Richtung nach dem Bahnhof Schandau und Wendischfähre-Schandau über die westlich des Empfangsgebäudes zu errichtende Bahnüberführung zu leiten, die Strecke zwischen dem Eisenbahnübergang östlich des Empfangsgebäudes bis zu diesem für den öffentlichen Fahrverkehr einzuziehen und den Wegfahrweg zwischen der Staatsstraße und Elbbüde für den öffentlichen Verkehr, der über die neue Überführung geübt werden wird, zu sperren.

Auf Grund von § 14 des Wegegesetzes vom 12. Januar 1878 wird dies mit dem Vermerken zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß etwaige Widersprüche binnen 3 Wochen schriftlich hier anzubringen sind.

Schandau, am 18. Dezember 1913.

Königl. Amtshauptmannschaft.

Bekanntmachung.

Nächsten Mittwoch, den 24. d. M., wird in der Ratsexpedition, beim königl. Standesamt und in den städtischen Kassen einschließlich Sparkasse nachmittags nur von 2 bis 4 Uhr

expediert werden.

Schandau, am 22. Dezember 1913.

Der Stadtrat.

Die städtische Sparkasse zu Hohnstein

verzinst Einlagen mit 3 1/2 Prozent.

Nichtamtlicher Teil.

Der Weihnachtsfeiertage halber fällt die **Sonabend-Nummer** der Elbzeitung aus, weshalb wir die für diese Nummer bestimmten Inserate schon für die **Donnerstag-Nummer** aufzugeben bitten. Da die Donnerstag-Nummer des Postverbands wegen früher als sonst erscheinen soll, müssen alle auf die Feiertage und auf Sonntag, 28. Dezember, Bezug habenden Inserate bis **Dienstag abend** bei uns aufgegeben sein.

Die Geschäftsstelle der Sächsischen Elbzeitung.

Politische Tagesübersicht.

† Sr. Maj. der König hat sich heute vormittags 9,15 Uhr zur Einweihung des Bezirkskrankenhauses nach Rabenstein begeben.

* Der Dreibund über die Inselfrage. Die Reichsregierung wird, wie verlautet, den Vorschlag Sir Edward Greys in der Frage der noch von Italien und Griechenland besetzten Ägäischen Inseln gemeinschaftlich mit den Regierungen Oesterreich-Ungarns und Italiens beantworten. Die Dreibundmächte haben sich bereits in diesem Sinne verständigt. Da die Inselfrage, so wird hinzugefügt, außerordentlich kompliziert ist und da Italien auf dem Standpunkt stehen dürfte, daß es zwar die von ihm besetzten Inseln herausgeben wolle, daß aber die Türkei noch nicht alle Bestimmungen des Vertrages von Lausanne erfüllt habe, so wird erwartet, daß die Behandlung der Greys'schen Vorschläge längere Zeit in Anspruch nehmen werde.

* Fünf Zeppelin-Luftschiffe „auf Kiel“. Im kommenden Frühjahr werden voraussichtlich fünf Zeppelin-Kreuzer die Halle in Friedrichshafen verlassen. Davon sollen zwei der Marine, zwei der Heeresverwaltung zugeteilt werden, während der fünfte ein Passagierluftschiff sein wird. Neben der Friedrichshafener Stammwerft wird die zu Anfang des kommenden Jahres neu zu eröffnende Potsdamer Luftschiffwerft ihre Tätigkeit aufnehmen. Sie macht den Anfang mit dem Bau von zwei Luftschiffen, von denen eins für militärische Zwecke, das andere für Verkehrszwecke bestimmt ist.

* Der bekannte Leutnant Freiherr v. Forstner vom Infanterie-Regiment Nr. 99 ist vom Kriegsgericht der 30. Division in Straßburg wegen rechtswidrigen Waffengebrauches und Körperverletzung zu der immerhin empfindlichen Strafe von 43 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Es handelte sich bei diesem kriegsgerichtlichen Prozeß um den Vorfall in Dettweiler, wo der an der Spitze einer Truppe durchmarschierende Leutnant v. Forstner dem Fabrikarbeiter Blank, von dem er gereizt worden sein will, mit dem Gegen eine Kopfwunde beibrachte. Die Beweisaufnahme gestaltete sich ungünstig für den Angeklagten, und der militärische Gerichtshof kam daher zu seiner Verurteilung mit dem schon genannten Strafmaß, welches die vom Gesetz festgesetzte Mindeststrafe für rechtswidrigen Waffengebrauch darstellt. Da Leutnant v. Forstner gegen seine Verurteilung sofort Berufung eingelegt hat, so bleibt zunächst das Ergebnis der Revisionsverhandlung abzuwarten.

† Im Reichsamt des Innern haben in der abgelaufenen Woche Besprechungen von Vertretern der Reichsregierung und verschiedener Einzelregierungen mit Arbeitgeberern und Arbeitervertretern der Großindustrie stattgefunden. Die vom Direktor der sozialpolitischen Abteilung des genannten Reichsressorts Winkl. Geh. Rat Caspar geleiteten Verhandlungen galten hauptsächlich der Beratung des Bundesrates vom 19. Dezember 1908 über den Betrieb der Anlagen der Großindustrie, wobei namentlich die Frage der Einführung einer achtstündigen Schicht für Feuerarbeiter in Hochöfen eine Rolle spielte. Ueber Verlauf und Ergebnisse dieser Besprechungen liegen noch keine Meldungen vor.

* Im Streit zwischen Ärzten und Krankenkassen schlug der Staatssekretär des Innern neue Grundlagen für eine Einigung vor.

* Der Leipziger Verband der Ärzte Deutschlands hat sich, entsprechend dem Vorschlag der Regierung, bereit erklärt, in Verhandlungen zur Lösung des Krankenkassenkonflikts einzutreten.

* Front gegen den Tabakruß. In allen bayrischen Offizierskasinos und Kantinen ist durch den Kriegsminister verboten worden, künstlich Fabrikate des Tabakrußes weiter zu führen. Diese Maßregel hat prinzipielle Bedeutung, da Bayern der erste Staat ist, der die deutschen Fabrikate gegen den mit amerikanischen Gelde organisierten Ruß schützt.

Oesterreich-Ungarn.

† Die in Wien geführten Verhandlungen zwischen der Oesterreichisch-ungarischen und der französischen Finanzgruppe der Orientbahnen sind jetzt im allgemeinen zum Abschluß gelangt. Die getroffenen Vereinbarungen sollen den verschiedenen Regierungen, welche hierbei in Betracht kommen, zur Genehmigung unterbreitet werden, sobald die notwendige Redigierung der betreffenden Beschlüsse erfolgt ist.

Frankreich.

† Der französische Senat hat der von der Deputiertenkammer bereits angenommenen Vorlage, betreffend die Errichtung eines neuen französischen Armeekorps mit dem Standorte im Osten Frankreichs, nun ebenfalls zugestimmt.

England.

† England hat jetzt eines der noch restierenden Probleme aus der letzten Balkankrise, die Frage der Ägäischen Inseln, wieder aufs Tapet gebracht. Das Londoner Kabinett richtete eine Zirkularnote an die Mächte, welche vorschlägt, die von den Griechen besetzten Ägäischen Inseln definitiv Griechenland zu überlassen, als Kompensation für die von den Griechen zu räumenden Distrikte Südalbaniens. Nur die Inseln Imbros und Tenedos soll Griechenland wieder herausgeben. Was die von den Italienern besetzten Ägäischen Inseln anbelangt, so schlägt die englische Note deren Zurückgabe an die Türkei vor, da die türkischen Militär- und Zivilbehörden jetzt von der Porte aus Tripolis abberufen worden seien, gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages von Lausanne. Zwischen den Dreibundmächten ist nach einer Mitteilung von offiziöser Berliner Seite bereits ein Meinungsaustausch über diese Anregung Englands eingeleitet worden, der angeblich eine befriedigende Lösung der Frage der Ägäischen Inseln auf Grund eines zu erhoffenden Kompromisses erwarten läßt. Nach römischen Meldungen soll indes Italien sich ablehnend gegen die englischen Vorschläge verhalten. Offenbar wird die Lösung dieses Problems doch nicht so glatt vor sich gehen.

* Der Premierminister Asquith erklärte in seiner Ansprache an die Deputation von einflussreichen Liberalen, die ihm den Protest gegen das Anwachsen des Flotten-

etats vorlegten, die Beziehungen Englands zu Deutschland seien jetzt so gut, daß sie zu keiner Zeit besser gewesen wären. Sämtliche Punkte, die Reibungen zwischen beiden Ländern erzeugen können, seien beseitigt worden.

* Auch England lehnt es, gleich Deutschland, definitiv ab, sich an der Weltausstellung in San Francisco offiziell zu beteiligen. Der Ministerpräsident Asquith hat nochmals erklärt, daß die englische Regierung nach erneuter Prüfung des Projektes von einer amtlichen Beteiligung an dieser Ausstellung absehen müsse.

Italien.

† In vatikanischen Kreisen herrscht eine gewisse Erregung über das geheimnisvolle Verschwinden des Testaments des verstorbenen Kardinals Rampolla. Es ist festgestellt, daß er ein Testament mit einem Vermächtnis von vierhunderttausend Lire hinterlassen hat; bislang konnte jedoch das Testament trotz aller Bemühungen nicht aufgefunden werden, allerdings aber auch nicht das Geld.

Balkanhalbinsel.

* Die bekannten Vorschläge Englands zur Lösung der Frage der Ägäischen Inseln stoßen nicht nur in Rom und Athen, sondern auch in Konstantinopel auf Widerspruch. Türkischerseits kann man sich speziell nicht darin finden, daß die von den Griechen besetzten Teile der Ägäischen Inselgruppe fast ausnahmslos Griechenland verbleiben sollen. Was die Stellungnahme der Mächte zu den englischen Vorschlägen anbelangt, so wird auf dieselben eine gemeinschaftliche Antwort der Regierungen des Dreibundes erfolgen.

Öffentliche Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums am 19. Dezember 1913.

Vom Kollegium schied die Herren Stadtverordneten Arnold und Kayler. Am Auszuge anwesend sind die Herren Bürgermeister Dr. Voigt und die Stadträte Engelmann und Hauschild.

1. Die Rechnungsprüfung der Armen- und der Krankenkassenrechnung für 1911 bildet den ersten Beratungspunkt. Von den von Herrn Dr. Hoffmann noch in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter revidierten Rechnungen schließt die erste in Einnahme und Ausgabe mit 11.216,72 Mark und mit einem Vermögen von 10.825,16 Mark ab, die letztere in Einnahme mit 16.354,03 Mark, in Ausgabe mit 12.671,60 Mark, also mit einem Bestande von 3682,43 Mark. Das Vermögen beläuft sich bei der Krankenkasseneinnahme auf 59.375,53 Mark. Beide Rechnungen werden richtig gebilligt.

2. Bezüglich der Frage über die Zukunft der des Rats oder des Stadtverordnetenkollegiums zur Entlassung eines Mitgliedes des letzteren gibt Herr Vorsteher Wundermann ein Schreiben der Kgl. Kreisbauverwaltung bekannt, in dem diese mitteilt, daß nach Ueberlegung des Rücktritts des Herrn Kauf ein Anlaß zu einer Entscheidung nicht mehr vorliegt.

3. Die Anlage elektrischer Beleuchtung im Neuparkgrundstück wird auf Grund der Begutachtung der in voriger Sitzung eingelegten Kommission genehmigt und die Kosten für 6 Brennstellen in Höhe von 148,70 Mark genehmigt.

4. Auf sein Gesuch und auf Veranlassung des Rats werden dem bisherigen Galtwirt S. die restlichen Anlagen auf 15 Mark, die restliche Biersteuer auf 10 Mark ermäßigt.

5. Eine Eingabe des Lehrerkollegiums der hiesigen Schulen, außer dem Herrn Direktor noch ein weiteres Mitglied aus der Lehrerschaft im Schulausschuß zuzulassen, wird der Kommission zur Aufstellung der Vorschlagsliste der Ausschussmitglieder überwiesen. In diese Kommission werden gewählt die Herren Stadtv. Jungmann, Hering, Neumann, Nidel und Richter.

Einige noch an das Kollegium gelangte Vorlagen des Rats werden für die nächste Sitzung zurückgestellt. Herr Stadtv. Richter stellt die Anfrage über den Ausfall des Gutachten bezüglich der Erneuerung der Wand des Wasserwerksbassin's, die Herr Bürgermeister Dr. Voigt dahin beantwortet, daß das Gutachten von dem Sachverständigen schriftlich abgegeben werden würde, bisher aber noch nicht eingegangen sei.

Herr Vorsteher Wundermann nimmt, da es die letzte Sitzung des Jahres ist, Gelegenheit, den ausstehenden Mitgliedern des Kollegiums für ihre Mitarbeit zu danken und schließt die öffentliche Sitzung mit dem Wunsche auf ein frohliches Weihnachtsfest und Neujahr.

Nach einer Pause wird noch eine geheime Sitzung abgehalten.